

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 284 Jahrgang 214



Bezugspreis: Für Deutschland und ansonsten je nach monatlich 1 Mk. 20 Pf., vierteljährlich 5 Mk. 60 Pf., halbjährlich 10 Mk. 80 Pf., jährlich 20 Mk. 80 Pf. Durch die Post bezogen möglichst postal. Bezahlung.
Geschäftsstelle Halle-Saal: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5600 und 5610. — Postfachkonto: Leipzig 20512.
Morgen-Ausgabe **Anzeigenpreis:** Die Sperr. 24 mm breit mm-Grundpreis 60 Pf. Die Sperr. 90 mm breit mm-Grundpreis 300 Pf. Abat nach Zeit. Erklärungen Halle-Saal.
Sonnabend, 25. Juni Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Ur. 6290
 Elegante Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Uebke, Halle-Saal.

Regierungskrise in England?

Sturm gegen Lloyd George

London, 24. Juni.

„Manchester Guardian“ veröffentlichte gestern einen Artikel, wonach innerhalb der englischen Regierung ein Komplotz aufgedeckt wurde, um Lloyd George zu stürzen. An der Spitze dieses Komplotzes standen angeblich Lord Beartenden, der Lordkanzler, und Winston Churchill. Da aber Churchill die Angriffe gegen Lloyd George nicht eröffnen wollte, weil er zum Unterhaus keine Unterstützung zu erwarten hatte, wurde der Versuch aufgegeben. Gestern Abend hat nun Lord Beartenden diese Gerüchte dementiert und als Erfindung bezeichnet. Inzwischen scheint an dem Plan doch etwas Wahres zu sein. Die heutige „Daily Mail“ erklärt nämlich, daß die Mitteilung des „Manchester Guardian“ verfrüht erfolgte und der Plan deshalb scheiterte. Außerdem habe man den gegenwärtigen Zeitpunkt, da die Senkung der Dominions in London tags, nicht für geeignet gehalten, um eine Kabinetts-Krise herbeizuführen. Es behauptet ein Komplotz gegen Lloyd George, dessen Mittelpunkt Churchill sei, der übrigens auch der Angelpunkt jeder künftigen Regierungskombination sein werde. Schon vor einigen Tagen hatte Lloyd George die Lordkanzlerschaft und die Schatzkanzlerschaft angetreten, jedoch Chamberlain das Amt des Schatzkanzlers niedergelegt. Churchill hätte sich an demselben Tag zum Leiter des Unterhauses ernannt wurde. Churchill ist bei der Besetzung, daß die Stunde nahe sei, wo er der Regierung Lebensmittel sagen werde. Eine große Anzahl seiner politischen Freunde wird das gleichfalls tun. Der für gestern im Unterhaus geplante Antrug gegen das Kabinetts-Scheitern. Mit großer Mehrheit von 250 gegen 40 Stimmen wurde das Gehalt des Ministers ohne Verantwortung nach einer Rede Lloyd Georges bemittelt. Addison erklärte sich übrigens bereit, das Gehalt von 5000 Pfund auf die Hälfte herabzusetzen zu lassen.

In offenbarem Zusammenhang mit den obigen Angriffen gegen das Kabinetts-Scheitern steht eine Rede Lord Robert Cecil's, der das gegenwärtige Kabinetts als einen Mißerfolg bezeichnete. Er sagte u. a.: Wir wollen eine Regierung, an deren Spitze ein Mann steht, dem wir wirklich vertrauen können, nicht ein Mann, der nur gewandt ist und reich an Hilfsmitteln, sondern ein solcher, an den das Volk wirklich glauben kann.“ Lord Robert Cecil bezeichnete als einen solchen Mann den Herzog von Devonshire.

Für die Feindschaft gegen Lloyd George ist übrigens auch eine im „Manchester Guardian“ gestaltete Rede des erkrankten Lordkanzlers Beartenden bemerkenswert, in der dieser in ausführlicher Weise auf die Erneuerung des deutschen Handels einging. Nach sprach auch er wieder in den üblichen Phrasen von der „Befreiung der schuldigen Nationen“, doch wandte er sich in entscheidender Weise gegen die Nachsucht, die sich der Wiederaufnahme der internationalen Wirtschaftsbeziehungen hinderlich in den Weg stelle. Niemals, so sagte er, könne die Wörschaft, die vor dem Kriege bestand, erreicht werden, wenn die zu Boden gemorfene Nation nicht in die Lage versetzt werde, wieder eine Rolle zu übernehmen, die sie zu einem tüchtigen Teilnehmer am Wiederaufbau der Welt mache. Unter großem Beifall führte er dann weiter aus, daß man ein großes Volk nicht zwingen könne, eine ungeheure Entschädigung zu zahlen, wenn dieser Nation die Möglichkeit und die Mittel vorzuzusetzen würden, um die Industrie fortzuführen, die sie allein in den Stand setze, die Entschädigung zu bezahlen. Was die Zahlungsweise der Entschädigung anbetreffe, so wolle niemand das Papiergeld der Schuldnernationen schaffen.

Man sieht also, wie die Meinung jenseits des Kanals vom Standpunkte des jetzigen Premiers immer mehr abdrift, und wie sich England auf sich selbst zu bestimmen beginnt, nachdem Lloyd George lange genug seine Landstöße durch Annahme Brandtscher Systeme vermittelte.

Die Aufteilung des österreichisch-ungarischen Goldschatzes

Von unserem Wiener Vertreter.

Nächste Woche werden die Verhandlungen der Liquidatoren der österreichisch-ungarischen Bank mit den Vertretern der Nationalstaaten einschließlich Desterreichs und Ungarns in ein entscheidendes Stadium treten. Die Abgrenzung der in den neuen Staaten Zentraluropas wird damit das letzte Band bestehender Gemeinsamkeit abreißen. Die Grundlagen der Bankentwertung bildet Artikel 206 des österreichisch-ungarischen Friedensvertrages, demzufolge die Nachfolgestaaten verpflichtet sind, die auf ihrem Gebiete befindlichen Noten der österreichisch-ungarischen Bank mit einem geänderten Stempel abzuempfehlen, eine Maßnahme, die bekanntlich zur Zerstückelung der einheitlichen Währung führte, und dadurch eine der Hauptursachen des abenteuerlichen Tiefstandes der Währung Desterreichs, und bis zu einem gewissen Grade auch Ungarns, wurde. Die Aufteilung der Noten und des Goldschatzes der österreichisch-ungarischen Bank bildet das Hauptproblem der Bankliquidation. Beide Fragen sind nach wie vor ungelöst, denn auch über die Grundidee zwischen den einzelnen Staaten schon eine gewisse Annäherung erzielt werden konnte. Dabei ist die Frage der Notenverteilung angesichts der fortschreitenden Entwertung des Papiergeldes stark in den Hintergrund getreten. Ihre Lösung war vor allem deshalb verzögert, da die im Ausland befindlichen ungelieferten österreichisch-ungarischen Banknoten ganz außer Evidenz geraten waren. Anfangs Juni d. J. haben nun die Liquidatoren auf Grund des Friedensvertrages den 15. September 1921 als Stichtag festgesetzt, bis zu welchem die ausländischen Regierungen die Einmündung der auf ihrem Gebiete befindlichen Noten durchzuführen haben werden. Dann erst, nach Bekanntgabe des gesamten Notenumlaufes, werden die Richtlinien für die Aufteilung zu bestimmen sein.

Wahrscheinlich dürfte sich Ergebnis hinsichtlich der Aufteilung des Goldschatzes zeigen. Der Goldschatz beträgt heute 263 Millionen Kronen, nach dem derzeitigen österreichischen Kursstand umgerechnet 37 Milliarden österreichische Kronen. Er befindet sich zum größten Teile in Wien, zum kleineren Teile in Budapest. Stellt man sich vor Augen, daß das diesjährige Staatsdefizit Desterreichs nahezu 50 Milliarden Papierkronen ausmacht, so wird man auch bei der glänzendsten Lösung hinsichtlich der Goldschatzfrage sich keinen allzu hochgepannten Erwartungen für eine Sanierung der österreichischen Staatsfinanzen bei Aufteilung des Goldschatzes hingeben dürfen. Man heben aber hier die Nachsichtnahmen der österreichischen bzw. der ungarischen Vertreter denen der Vertreter der übrigen Nationalstaaten ziemlich diametral gegenüber. Die österreichische bzw. die ungarische Regierung vertreten den Standpunkt, daß der Goldschatz Staatsvermögen ist und auf ihn Artikel 206 des Friedensvertrages Anwendung zu finden hat, demzufolge die Nachfolgestaaten alles auf ihrem Gebiete gelegene, der ehemaligen oder gegenwärtigen österreichischen Regierung gehörige Eigentum und Gut erwerben, während sie auf außerhalb ihrer Gebiete befindliche Vermögenswerten fernerhin Anspruch erheben können. Der Goldschatz, der, wie erwähnt, fast zur Gänze in Wien und Budapest liegt, ist demnach in Wien und Budapest zu verbleiben. Die anderen Nationalstaaten verlangen einen Anteil an ihm; insbesondere dürfte die Goldschatzfrage mit der Frage der Notenverteilung nicht verknüpft werden. Die Vertreter der anderen Nationalstaaten sind natürlich einer gegenseitlichen Meinung und bestürmen eine, dem altösterreichischen Notenumlauf adäquate Aufteilung des Goldschatzes auf die neuen Staatsverwaltungen. In dieser Auffassung werden sie durch den englischen Vertreter im Liquidationskomitee bekräftigt. Desterreich hat vorgeschlagen, die endgültige Entscheidung dieser Frage einem Schiedsgericht vorzubehalten. Auch dieser Vorschlag ist noch offen.

Die Bedürfnisse der allfälligen Finanzpolitik führten jedoch Mitte Juni zu einer einmütigen Entscheidung über die Aufteilung eines Teilschatzes von 50 Millionen Goldkronen auf dem Metallboden. Siernon erhielt die Fidejussoren 15 1/2 Millionen, Desterreich und Ungarn je 7 1/2 Millionen Goldkronen. Doch werden von dem letzt-erwähnten Beträge 5 1/2 Millionen Goldkronen abgezogen für jene Beträge, die im abgelaufenen Frühjahr seitens Desterreichs und Ungarns zur Abstattung einer holländischen Schuld aus dem Goldschatz der Bank verwendet wurden. Was die restierenden 13 1/2 Millionen Goldkronen betrifft, so wird dieser Betrag größtenteils zur Rückzahlung einer Schuld an die Schweiz verwendet werden. Für eine Verbesserung des laufenden Budgets wird sich kaum etwas erübrigen.

Es wird also von dem Gebot der österreichischen Verhandler abhängen, in den nächsten Tagen vom Goldschatz möglichst viel zu retten und damit zugleich eine möglichst breite Goldbasis für die Errichtung der neuen österreichischen Notenbank zu errichten. Notwendigster werden sich wohl die Aufstellungsverhandlungen für das übrige Notenvermögen stellen, unter welchem hauptsächlich die Gebäude in Brno, Prater und Wien zu verstehen sind. Die österreichische Regierung hat auf die Wiener Käufer der liquidierten Bank sich ein Vorzugsrecht gesichert.

Der Stand der Räumungsverhandlungen

Der zwischen den Generalen Höfer und Genere vereinbarte Räumungsvertrag dürfte die Zustimmung der Interalliierten Kommission erlangen oder übermorgen finden. Es handelt sich ohne Zweifel nicht um die Schaffung einer neuen Zone, sondern um die Wahrung des geltenden Status quo. Die aus Oberösterreich zurückgekehrte parlamentarische Untersuchungskommission hat, wie uns mitgeteilt wird, den Eindruck gewonnen, daß die Interalliierte Kommission diesmal tatsächlich zugehen will und den nötigen Ernst zur Ausfüllung des Untereingangs haben dürfte. Es wird hoffentlich jetzt noch der bisherigen Gefährdungen keinen so großen Optimismus an den Tag zu legen und erst wichtige Fakten der Interalliierten Kommission, die uns bisher nur enttäuscht hat, abzuwarten.

Im strikten Gegensatz zu den vorstehenden Darlegungen, die den Aufstellungen Berliner Amtsstellen entsprechen, liegt die nachfolgende Meldung aus Opatowitz, die sich im Augenblick nicht nachprüfen läßt.

Die Verhandlungen innerhalb der Interalliierten Kommission über den von General Genere ausgearbeiteten und vom deutschen Botschaftsbesuch angenommenen Räumungsvertrag sind nunmehr auf dem toten Punkt angelangt. Die Franzosen beschreiben nach wie vor auf ihrem abendlichen Standpunkt und scheinen irgendwelche weiteren Verzögerungen auf dieser Grundlage ohne weiteres ab. Sie sehen in dem englischen Vorschlag eine durch nichts gerechtfertigte einseitige Bevorzugung der Deutschen, für deren unabweisliche Folgen sie die Engländer verantwortlich machen möchten. Ein erneuter Ausbruch des politischen Rufstundes sei unabweisbar, wenn die Engländer auf der Annahme und Durchführung ihres Vorschlages bestünden, und was dann kommen würde, sei noch gar nicht vorzuzusehen. Die politischen Führer hätten ihre Leute nicht mehr so in der Hand wie zu Beginn des Krieges, die Wut auf die Deutschen und die interalliierten Truppen unter den politischen Führern sei aber nur noch gewachsen. Frankreich hätte deshalb im Falle der Durchföhrung des englischen Räumungsvertrages mit Rücksicht auf die Evidenz seiner so unzulässiger gehaltenen (?) Truppen abzugeben nur mit deren Zurückziehung aus den Südtirol antworten.

Die vorstehenden Mitteilungen sind nicht recht substantiiert, klingen aber leider nicht ganz unwahrscheinlich. Die französische Politik hat von jeher in Oberösterreich die Gasse der Polen geführt, da sie für ihre eigene Sache ist auf dem Boden geblieben, und was dann kommen würde, sei noch gar nicht vorzuzusehen. Die politischen Führer hätten ihre Leute nicht mehr so in der Hand wie zu Beginn des Krieges, die Wut auf die Deutschen und die interalliierten Truppen unter den politischen Führern sei aber nur noch gewachsen. Frankreich hätte deshalb im Falle der Durchföhrung des englischen Räumungsvertrages mit Rücksicht auf die Evidenz seiner so unzulässiger gehaltenen (?) Truppen abzugeben nur mit deren Zurückziehung aus den Südtirol antworten.

„Echo des Paris“ erklärt Marcel Gutin, die Angebots Deutschlands würden von der Lösung der oberösterreichischen Frage abhängen. Rathenau sei nicht in der Lage, irgendwelchen Verpflichtungen nachzukommen, wenn diese Lösung für Deutschland unangünstig ausfalle. Bis zum 15. Juli, dem Tage der Entscheidung über die oberösterreichischen Wirtschaftsbeziehungen, seien keine Schritte, welche man nicht als Bestimmung über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen fassen könne. Erhalte, wie er glaube, Polen den größten Teil des oberösterreichischen Antriebsgebietes, so könne man den halben oder sogar den gesamten Reparationsverpflichtungen Deutschlands nachkommen. Diese seine persönliche Ansicht werde, wie er hoffe, auch von hochgestellten amtlichen Persönlichkeiten geteilt.

Freigelassen

w. Opatowitz, 24. Juni.

Am Mittwoch feiert in Schönfeld (Kr. Reichenberg) eine Freilassung von vier Gefangenen, die durch die gegenwärtigen Zustände in Oberösterreich ihrer Freiheit beraubt worden waren. Die Bemittlung des internationalen Komitees vom Roten Kreuz hat 450 hiesiger von den Anjuranten internierte Deutsche wurden ihren Angehörigen zurückgegeben. Das deutsche Rote Kreuz hat die Rückreise übernommen.

Der Friede mit Deutschland

Amerikas wichtigste Angelegenheit

w. Paris, 24. Juni.

Die „Chicago Tribune“ sagt in einem reaktionären Artikel, ob die Resolution Knox im Senat oder die Resolution Borah im Repräsentantenhaus angenommen werde, auf alle Fälle werde der Krieg mit Deutschland, der seit dem 1. April im Gange sei, nicht zu Ende zu kommen. Die Welt würde sich nicht in einem Krieg befinden, bis die Amerikaner sich nicht entschieden hätten, ob sie den Krieg mit Deutschland zu Ende zu bringen. Die Resolution Knox im Senat oder die Resolution Borah im Repräsentantenhaus angenommen werde, auf alle Fälle werde der Krieg mit Deutschland, der seit dem 1. April im Gange sei, nicht zu Ende zu kommen. Die Welt würde sich nicht in einem Krieg befinden, bis die Amerikaner sich nicht entschieden hätten, ob sie den Krieg mit Deutschland zu Ende zu bringen.

Wie die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, gibt der vom Senator Penrose eingebrachte Gesetzentwurf zur Fundamentierung der alliierten Kriegsschuld dem Senatsekreter unter Vorbehalt der Zustimmung des Repräsentantenhauses die Anleihe oder ihren Zinsdienst zu konvertieren oder ihre Dauer zu verlängern. Bei Verweigerung der Anleihe ausstehende Werte zu nehmen und alle Forderungen zu regeln, für die gegenwärtig keine Forderung oder Sicherheiten bestehen.

Nach einer zweiten Meldung aus Washington hat Harding in einem Brief an Penrose vorgeschlagen, dem Schatzsekretär die weitgehende Vollmacht zu erteilen, damit die Anleihe in der den Interessen der Regierung dienlichsten Weise begeben könne. Penrose erklärte im Senat, der Finanzgesetzentwurf am nächsten Mittwoch mit der Beratung des Gesetzentwurfs beginnen.

